

Entwurf einer Verordnung der Bundesregierung, mit der die Verordnung über die Allgemeinen Dienstvorschriften für das Bundesheer (ADV) geändert wird

Vereinfachte wirkungsorientierte Folgenabschätzung

Einbringende Stelle: BMLV
Vorhabensart: Verordnung
Laufendes Finanzjahr: 2019
Inkrafttreten/ Wirksamwerden: 2019

Vorblatt

Problemanalyse

Die in der ADV enthaltenen Begriffe "Beschwerdekommission in militärischen Angelegenheiten" und "Militärstreifen" entsprechen nicht mehr den gesetzlichen Vorgaben. Weiters entspricht die Bestimmung über die sprachliche Gleichbehandlung nicht der jüngsten Judikatur des Verfassungsgerichtshofes betreffend das Recht intersexueller Personen auf entsprechende Berücksichtigung ihrer Geschlechtlichkeit.

Ziel(e)

Die ADV entspricht den gegenwärtigen formalen Erfordernissen.

Inhalt

Das Vorhaben umfasst hauptsächlich folgende Maßnahme(n):

Umbenennung der Begriffe "Beschwerdekommission in militärischen Angelegenheiten" in "Parlamentarische Bundesheerkommission" und "Militärstreifen" in "Angehörige der Militärpolizei". Die Bestimmung über die sprachliche Gleichbehandlung wird auf Personen aller Geschlechter (statt bisher nur Frauen und Männer) ausgedehnt.

Beitrag zu Wirkungsziel oder Maßnahme im Bundesvoranschlag

Das Vorhaben hat keinen direkten Beitrag zu einem Wirkungsziel.

Finanzielle Auswirkungen auf den Bundeshaushalt und andere öffentliche Haushalte:

Aufgrund der Tatsache, dass sämtliche Änderungen im Verordnungstext rein formaler Natur sind (Nachvollzug in der Vergangenheit erfolgter Umbenennungen), ist jedwede finanzielle Auswirkung aus dieser Maßnahme auszuschließen.

Verhältnis zu den Rechtsvorschriften der Europäischen Union

Die vorgesehenen Regelungen fallen nicht in den Anwendungsbereich des Rechts der Europäischen Union.

Diese Folgenabschätzung wurde mit der Version 5.6 des WFA – Tools erstellt (Hash-ID: 1834173977).